

WIR SIND SOZIALE INFRASTRUKTUR!!!

Wagenplätze sind ein Teil von Leipzig! So hieß es aus der Stadtpolitik. Verhandlungen mit Verwaltung und Politik zur langfristigen Sicherung laufen nun schon geraume Zeit.

Uns ist kein Fall in Leipzig bekannt, bei dem wegen dem Verkauf eines Grund stücks das "stark verlärmt" und "hochwassergefährdet" sei, so viel Aufhebens gemacht wurde. Eher das Gegenteil war der Fall. In aller Stille trieb das Liegenschaftsamt den Ausverkauf der Stadt an private Investoren voran. In Medien, wie z.B. in der LVZ, wird zwar der Schein von einem harmonischen Miteinander zwischen Stadt und den Wagenplatz-Bewohner innen erweckt, doch dem ist nicht so! Ein Bekenntnis oder gar eine Strategie zum Umgang mit Wagenplät zen, die auf Transparenz und Partizipation setzt, ist nicht zu erkennen. Es wird gern über uns geredet, nicht mit uns! Gespräche werden abgesagt, runde Tische mit Politik und Verwaltung finden nicht statt. Transparente bürger innennahe Verwaltung sieht anders aus. Und es wurde in den letzten Jahren viel über uns geredet: sei es über Brachflächenrevitalisierung, Objektsicherungsmaßnah men oder Abriss. Eine Lösung, die für uns in Frage kommt, ist nicht in Sicht. Die Antwort der Verwaltung auf die Anfrage der CDU fiel dementsprechend aus: Ein klares JEIN! Irgendwie soll aus der Fockestraße keine Schule werden, weil erkannt wurde, dass Lärm und Hochwasser sich schlecht in den Lehrplan integrieren lassen, aber irgendwie soll die Fockestraße dann doch für soziale Infrastruktur vorgehalten werden.

Wir fordern die Stadtpolitik und Verwaltung daher auf, anzuerkennen, dass Wagenplätze neben vielen anderen Projekte und Initiativen ein Teil der sozialen Infrastruktur dieser Stadt sind, die sich aktiv dafür einsetzen, das Leipzig und Sachsen nicht gänzlich dem Rassismus (und anderer Ideologien der Ungleichheit weiter Teile der Bevölkerung) anheimfallen. Doch die CDU in Leipzig und Sachsen hat Anderes vor. Sie sagt nicht Legida, Pegida und Nazis den Kampf an, sondern uns und versucht linke Projekte und zivilgesellschaftlichen Protest zu kriminalisieren.

Der Stadtratsbeschluss sieht also vor, dass Gelände nicht zu verkaufen,-vor erst keine Abrissmaßnahmen durchzuführen und einen Vertrag mit den Bewohner_innen zu schließen, letztlich soll das Grundstück der Fockestraße 80 für soziale Infrastruktur vorgehalten werden. Wunderbar, denn:

Wir sind soziale Infrastruktur! UND WIR BLEIBEN!

Wer wir sind...!

Die Focke80 ist ein Kultur- und Wohnprojekt, welches seit 2001 auf dem Gelände in der Fockestraße existiert. Hier leben ca. 40 Men schen verschiedener Generationen in Wagen und Lastern, die zumeist selbst ausgebaut wurden. Wir leben hier gemeinschaftlich-zu sammen und anders als in den meisten Mietoder Eigentumsverhältnissen kennen wir uns alle und beschließen zusammen, wie wir den Platz gestalten möchten.

In einer profitorientierten Wohnungspolitik, möchten wir ein Gegenbeispiel aufzeigen, das fern ab von den gängigen Machtstrukturen und sozialer Kontrolle im Rahmen von Miete. einem guten Einkommen und Leistungsdruck sowie damit verbundenen Einschränkungen funktioniert. Eine solidarische und sich gegen seitig unterstützende Wohn- und Lebensform, soll die Möglichkeit einer weitestgehenden Unabhängigkeit von der Inwertsetzung von Raum bieten und gängige Gesellschaftsstruk turen aufbrechen. Wir verstehen uns als-so ziokulturell genutzter Freiraum mit starker Einbindung in den Stadtteil Connewitz, das Stadtgebiet und über diese Grenzen hinaus. Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet kommen, um die Infrastruktur des Geländes zu nutzen und diese möchten wir auch wei terhin zur Verfügung stellen können.



Mit dem Bescheid vom 6.11.2001 wurde die CHRONK städtische Liegenschaft Fockestr. 80 als-Not aufstellnlatz durch des O

aufstellplatz durch das Ordnungsamt und in 15.11.2013

Absprache mit dem zuständigen Beigeord_{Mitteilung} von Herrn Merfert (Liegenschaft neten und dem Liegenschaftsamt der Stadtamtmitarbeiter): "Die Bearbeitung innerhalb Leipzig, Bewohner_innen von Wägen zur-Verdes Liegenschaftsamts hat nun einen Stand fügung gestellt. Dies stellt für uns den Begingrreicht, der die Planung der Umsetzung der des Wagenplatzes Focke 80 dar und ist damitaßnahmen erlaubt. Dies wollen wir gemein zeitgleich unser Geburtstag. sam mit den Wagenbesitzern tun".

2001 - 2006

Eine legale Lösung für unsere Wohnform in Form von Nutzungsverträgen zu finden ist bis Treffen im Rathaus mit Vertreter_innen des heute gescheitert. Erste Vertragsbemühungen doch erfolglos.

01.04.2014

iegenschaftsamt, Bauamt, Bauordnungsamt zogen sich von Beginn bis 2006, blieben je Festhalten an den Abrissplänen seitens des und der Fockestraße 80. Es gab ein klares Liegenschaftsamts!

13.02.2012

Erster Kontakt mit dem Liegenschaftsamt seit 17.04.2014

vielen Jahren. Es bestand der Wunsch nachegehung des Geländes mit Mitarbeiter in Klärung der Haftungslage bei Unfällen aufen des Bauamts und Liegenschaftsamts, dem Gelände. Außerdem wurde angemerktsowie einem, vom Liegenschaftsamt beauf dass über eine vertraglich abgesicherte Nuttragten, Statiker. Dabei wurde ein Gutachten zung seitens des Liegenschaftsamts nachærstellt, welches uns nach mündlicher Aussa ge nach Fertigstellung zur Verfügung gestellt dacht wird. werden solle.

17.07.2012

Äußerung des Liegenschaftsamts, dass sie uns.05.2014

nun einen Vertragsentwurf schicken werden Zusammen mit dem Buko organisierten wir Dieser kam jedoch nie an. Wie sich ein Jaheine Recht auf Stadtdemonstration mit dem später herausstellte, legte das Bauordnung Motto: "Freiräume statt Investorenträume" amt der Stadt Leipzig ein Veto gegen einen

solchen Vertrag ein. Uns wurde das nicht-mit 06.10.2014 geteilt.

20.06.2013

Anruf einer/s Mitarbeiters/in des Liegen achten "Untersuchung Standsicherheit" nun schaftsamtes bei unsere Anwältin, mit der Vorliege. Einige Auszüge dessen wurden mit Mitteilung dass es Abriss- und Entsiegelung gesandt. Auf dessen Grundlage gestützt, wur pläne seitens des Liegenschaftsamt auf-unsden die Abriss- und Entsiegelungsmaßnahmen rem Gelände gibt. Übersendung eines Übernun konkretisiert und mit der Haftbarkeit sichtsplanes zur Darstellung der angedachtenes Liegenschaftsamts als Eigentümerin be Abrissvorhaben. Sie möchten auf das Gelärgründet. Uns wurde mitgeteilt, dass ein Plan de, da sie sich einen Überblick verschaffelind dazugehöriger Zeitraum zur Verschie wollen.

Wir erhielten eine schriftliche Benachrich tigung des Liegenschaftsamt, dass das Gut bung der Wagen von uns erstellt werden soll.

Außerdem wurde uns mitgeteilt, dass es beiluni 2015 nicht ausreichendem Platz auf dem Geländ@as Pflegeheim Amalie in Paunsdorf erhielt die Saalfelder Str. gäbe (wie wir zu einem späeinen Räumungsbefehl und die CDU riet den teren Zeitraum erfuhren, das Gelände, das Bewohner innen sich mit einem Wagen vor auch als Ausweichgelände für den Wagenplattas Rathaus zu stellen, da ihrer Ansicht nach auf dem Jahrtausendfeld angedacht war). Wagenleben in Leipzig mehr Gehör bekäme

15.12.2014

Wir formulierten eine schriftliche Kaufab sichtserklärung an das Liegenschaftsamt und ein klares Nein zu jeglichen Abrissvorhaben 1.07.2015 auf dem Gelände.

06.03.2015

Einen zeitlichen Aufschub der Planung der Schriftliche Mitteilung, was nun Stand der Abrissmaßnahmen sieht sie als nicht förder Dinge ist. lich, da es um zukünftige Sicherungsmaßnah men ginge.

10.04.2015

Schriftliche Mitteilung von Frau Unverfehrt,den Objektsicherungsmaßnahmen festgehal dass als Baubeginn der 01.07.2015 geplant sen wird und eine Ausschreibung der Bau und sie eine Ausschreibung der Maßnahmennaßnahmen nun wirklich eingeleitet wird. nun veranlassen möchte. Der angegeben Diese werden drei Monate dauern. erste Baubereich möchte bis dahin geräumt sein.

26.04.2015

Schriftliche Mitteilung an Frau Unverfehrt, dass einem Abriss nach wie vor in keinster Weise zugestimmt wird, solange nicht endlich Schulneubau auf dem Gelände stark. die immer wieder eingebrachte Forderung nach einer langfristigen Nutzungssicherung vor Abrissbeginn bearbeitet wurde.

20.05.2015

Wir veranstalteten eine Kundgebung mit-Re naturierungsaktion vor dem Neuen Rathaus. Anlass war die an diesem Tag stattfindende Stadtratssitzung zu welcher der Flächennut zungsplan geändert wurde, um die gesetzliche Grundlage für eine Brachflächenrevitalisie rung auf der Focke zu schaffen.

als die Situation der Amaliebewohner innen. Wir solidarisierten uns daraufhin mit der Amalie.

Keine der angekündigten Maßnahmen im Zu sammenhang mit Abriss bzw. Vorbereitungs Schriftliche Mitteilung von Frau Unverfehrt. arbeiten erfolgte, auch bekamen wir keine

22.07.2015

Mitteilung von Frau Unverfehrt, dass die Kaufabsichten weiterhin geprüft werden, an

August 2015

- 6.8.2015 Kundgebung auf dem Rathausplatz - Der Oberbürgermeister Jung favorisiert inzwischen einen Verkauf an uns. Die CDU macht sich für einen



Der mühselige und einseitige Kontakt mit dem Liegenschaftsamt

Nachdem wir zehn Jahre lang unseren Platz aufgebaut haben und uns hier eingelebt haben, nahm das Liegenschaftsamt der Stadt Leipzig 2011, seit den gescheiterten Vertragsverhandlungen von 2001 - 2006, erstmalig wieder Kontakt mit uns auf. Es ging erneut darum eine vertraglich abgesicherte Nutzung festzusetzen und die Haftungsfrage bei Unfällen auf dem Gelände zu klären, um das Liegenschaftsamt als Besitzerin aus der Verantwortung zu nehmen. Die Vertragsverhandlungen scheiterten erneut an ein Einwänden des Bauordnungsamtes, so dass wir im Juni 2013 informiert wurden, dass es nun Abrisspläne (Gebäudebeseitigung, Entsiegelung) in mehreren Bauabschnitten gäbe. Das Abrissvorhaben wurde seitens des Liegenschaftsamtes sehr unterschiedlich begründet. Zum einen sollte es um mittelfristige Gefahrenabwehr gehen, auch um Kostensenkung der Regenwassereinleitung in die Kanalisation. Im Laufe des Jahres 2014 wurden wir dann mit einer etwas umgewandelten Begründung der Maßnahmen konfrontiert. Es solle nun um Brachflächenrevitalisierung gehen, ein bis zu 90 % EU-Mittel gefördertes Programm mit dem alte DDR-Überreste abgerissen werden sollten, die wohlgemerkt nicht mehr genutzt werden. Die fehlenden 10 % wurden aus dem Leipziger Haushalt 2014 (oder 15???) zur Verfügung gestellt. Doch wie wir erfuhren, wurden die Gelder aus dem Brachflächenrevitaisierungsprogramm, welches auch zur Schaffung von Ausgleichsflächen genutzt wird, nie beantragt. Als es im Juni 2015 ausgelaufen war, änderte sich auch wieder die Begründung der Abrisspläne in Objektsicherungsmaßnahmen. Nach wie

vor wurde uns nie eine klare Begründung oder gar ein Ziel der Maßnahmen genannt. Wir formulierten zu jeglichem Eingriff ein klares Nein. Außerdem haben wir angeboten in Eigenleistung Infrastruktur abzusichern und in Stand zu setzen, worauf nie eingegangen wurde. Wir haben Gespräche auf Augenhöhe mit dem Liegenschaftsamt und vor Allem mit der Leiterin Frau Unverfehrt gefordert und wurden dabei nicht ernst genommen. Beispeilhaft dafür ist, dass wir den 01.07.2015 als Termin genannt bekamen, zu welchen wir den ersten Bauabschnitt freigeräumt haben, sollten, damit zum 01.08.2015 die Baumaßnahmen beginnen konnten. Das dies ein enormer Druck für alle Bewohner innen war, sich auf so einen Eingriff ins direkte Lebensumfeld einzustellen, sollte klar sein. Dass dann jedoch bis zum 22.07.2015 keine Reaktin vom Liegenschaftsamt und auch ein kein Bauunternehmen kam ist krass und ein weiteres Zeichen, dass Verhandlungen nicht auf Augenhöhe passieren. Mit der fortlaufenden Beobachtung dieses Prozesses, entsteht der Eindruck, dass der Sicherheitsaspekt wie in vielen anderen Stadtentwicklungen der Kontrolle der Bürger innen dient. Egal ob es Überwachungsanlagen sind, neue Polizeireviere, welche lediglich der Abschreckung aber nicht als Anlaufpunkt für Bürger innen dienen. Die Begründung ist immer die Sicherheit der Menschen. Doch liegt der Nutzen meist nicht bei eventuell Betroffenen. Die fehlende Transparenz und Grundlage der anvisierten Vorhaben verleiten all zu leicht zu der Annahme, dass sie nicht der zentrale Bestandteil des Prozesses sind.